

Erfahrungen mit Zukunft einkaufen

## **"German Vote" verhindert das Lieferkettengesetz auf EU-Ebene**

**Das Lieferkettengesetz auf EU-Ebene wurde durch das, was einige als "German Vote" bezeichnen, blockiert.**

Im Herbst letzten Jahres schien es noch, als würde die EU den Weg für ein umfassendes Lieferkettengesetz freimachen. Misereor, Brot für die Welt und auch die katholischen Bischöfe und die evangelischen Landesbischöfe in Deutschland begrüßten dies Schulter an Schulter mit zahlreichen Initiativen von den Gewerkschaften bis zu den Naturschutzverbänden. Das Lieferkettengesetz verpflichtet Unternehmen dazu, soziale und ökologische Standards entlang ihrer Lieferketten zu wahren. Dies kann Arbeitsbedingungen, Umweltschutz, Menschenrechte und Kinderarbeit betreffen.

In Deutschland gilt bereits seit Anfang 2023 ein Lieferkettensorgfaltsgesetz, das Unternehmen ab einer bestimmten Größe entsprechend verpflichtet. Ab 2024 wird der Anwendungsbereich des Lieferkettensorgfaltsgesetz erweitert. Dieses nationale Gesetz ist ein erster Schritt, um die Verantwortung von Unternehmen für ihre Lieferketten zu regeln. Das Lieferkettengesetz der EU sollte einen Schritt weiter gehen. Auch wenn Lobbyisten gegen das Lieferkettengesetz agieren, viele deutsche und europäische Unternehmen unterstützen das deutsche Gesetz und befürworten auch das geplante strengere EU-Gesetz.

Die Dringlichkeit eines Lieferkettengesetzes wird am folgenden Beispiel deutlich: In einer pakistanischen Textilfabrik kamen 2012 259 Menschen aufgrund mangelhafter Sicherheitsvorkehrungen ums Leben. Das EU-Lieferkettengesetz würde die Haftung der Unternehmen erhöhen und den Opfern bei einer Klage bessere Erfolgsaussichten verschaffen. Auch wenn Deutschland mit seinem nationalen Lieferkettengesetz einen wichtigen Schritt getan hat, die meisten europäischen Unternehmen agieren international, sodass EU-weit einheitliche Standards notwendig werden. „Wir beschaffen im Rahmen der Kampagne ‚Zukunft einkaufen – Glaubwürdig wirtschaften im Bistum Münster‘ in 236 katholischen Einrichtungen im Bistum nach ökologisch und fair ausgerichteten Beschaffungsleitlinien. Durch die Verhinderung des Lieferkettengesetzes auf EU-Ebene würde das konterkariert. Wir brauchen verlässlich kontrollierte Lieferketten“, erklärt Thomas Kamp-Deister, Referatsleiter Schöpfungsbewahrung im Bischöflichen Generalvikariat. „Ein besonders eindringliches Beispiel sind die Grabsteine, die auf katholischen Friedhöfen im Bistum Münster Verwendung finden. Die Herkunft dieser Steine ist oft unklar. Das bedeutet, dass sie durch ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt sein können. Die Pfarrei St. Antonius in Rheine hat bei ihren Bemühungen, dies zu verhindern, erfahren, wie schwierig es sich gestaltet, als Einkäufer von Grabsteinen die Lieferkette nachzuhalten und zu kontrollieren.“ Ein EU-weites Lieferkettengesetz kann dazu beitragen, solche Missstände abzuwenden und sicherzustellen, dass Produkte, die auf europäischem Boden genutzt werden, unter fairen und ethisch vertretbaren Bedingungen hergestellt werden. Die Eilpetition der Initiative Lieferkettengesetz an Bundeskanzler Olaf Scholz kann [hier](#) unterzeichnet werden. Mehr dazu unter [lieferkettengesetz.de/](https://lieferkettengesetz.de/)

Weitere Informationen zum Lieferkettengesetz: Initiative Lieferkettengesetz <https://lieferkettengesetz.de/>; Brot für die Welt [Dossier-Lieferkettengesetz](#); medico international [Lieferkettengesetz – Strafe muss sein](#); Misereor [Initiative Lieferkettengesetz](#); terre des hommes [»Es geht um die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte«](#); Oxfam [Lieferkettengesetz: Für Menschenrechte in der Wirtschaft](#)

*Bildzeile 1: Das EU-Lieferkettengesetz steht durch eine eventuelle Blockade der deutschen Regierung auf der Kippe © Initiative Lieferkettengesetz*

*Bildzeile 2: Das EU-Lieferkettengesetz soll beispielsweise sicherstellen, dass Grabsteine im Bistum Münster nicht durch blutige Kinderhände geschaffen werden. © Thomas Kamp-Deister*